



HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN UNION DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE DU CANTON DE BERNE

Berner Handelskammer

www.bern-cci.ch
hk@bern-cci.ch

M E D I E N M I T T E I L U N G

An die Medien im Kanton Bern

Bern, 2. Juli 2009

HIV lehnt kantonales Energiegesetz ab

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern lehnt die heute von der Energiedirektion vorgestellte Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes klar ab. Der HIV äussert sein Befremden über die wirtschaftsfeindlichen und unverhältnismässigen Regelungen und über die Tatsache, dass in der Vernehmlassung geäusserte Bedenken tatenlos verhallen.

Die kantonale Energiedirektion hat heute die vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates verabschiedete Vorlage zu einem total revidierten Energiegesetz präsentiert. Die Vorlage wurde trotz breiter Kritik im Vernehmlassungsverfahren in keiner Weise verbessert; im Gegenteil.

Das Gesetzesvorhaben ist nach wie vor geprägt von einer unendlichen Regulierungswut bzw. vom Bedürfnis, Bürger und Unternehmen mit einer Flut von neuen bürokratischen Vorschriften auf den vermeintlich richtigen Weg zu bringen. Das kleinkarierte Verbot von - bei Gastwirtschaften und Schneebars gebräuchlichen - „Heizpilzen“ oder der Beleuchtung von Skipisten, die staatliche Einflussnahme auf die operative Tätigkeit der Elektrizitätsunternehmen, die Pflicht zur Nutzung von Abwärme unabhängig von der wirtschaftlichen Tragbarkeit, untaugliche und nicht justiziable Gebäudesanierungspflichten, unnötige Grossverbraucherregelungen und last but not least eine neue kantonale Energiesteuer sprechen Bände.

Der volkswirtschaftliche Schaden für den Kanton Bern, welcher sich als Unternehmensstandort mit dieser Vorlage weiter ins Abseits manövriert und der Widerspruch zur regierungsrätlichen Wachstumsstrategie sind offenkundig.

In Anbetracht der Klimaveränderung besteht offensichtlich die Tendenz, nach dem Motto „jetzt muss endlich etwas Mutiges geschehen“, den rechtsstaatlich zentralen Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu verlassen. Man schießt mit Kanonen auf Spatzen und meint dabei, etwas Positives zu bewirken. Dabei wird die Meinung des akribischen Energieplaners an die Stelle des gesunden Menschenverstandes gesetzt.

Gleichzeitig weicht man bei den Zielsetzungen (z.B. Deckung des Strombedarfs bis 2035 mit mindestens 80% erneuerbaren Energien) von den vor kurzem wissenschaftlich erarbeiteten Energieperspektiven des Bundes ab, ohne dafür eine nachvollziehbare Begründung zu liefern.

Der Regierungsrat redet schliesslich die wirtschaftlichen Auswirkungen schön. Neue Einschränkungen haben kaum je zu einer Belebung der Wirtschaft geführt. Ebenso wenig Verpflichtungen zu Investitionen, welche unter Marktbedingungen nicht getätigt würden. Im Zusammenhang mit Energiemassnahmen gilt, was auch sonst gilt, nämlich: Jeder hier investierte Franken wird anderswo nicht ausgegeben, d.h. die Investition erfährt lediglich eine Verschiebung von einem Sektor in den anderen. Damit ist der volkswirtschaftliche Zusatznutzen gleich null. Investitionen, welche sich wirtschaftlich lohnen werden nota bene auch ohne Gesetzeszwang getätigt. Die steigenden Energiepreise und die Erwartung weiterer Preiserhöhungen wirken für Unternehmen bereits als Anreiz genug.

Der Vollständigkeit halber sei hier noch erwähnt, dass das vorliegende Gesetz vorab diejenigen meist exportorientierten (Produktions-)Betriebe trifft, welchen die gegenwärtige Wirtschaftskrise ohnehin besonders zu schaffen macht. Auch bedeutet die vorgeschlagene Stromsteuer eine untragbare Umverteilung von den Industrie- zu den Dienstleistungsbetrieben und zu den Haushalten.

Sollte das Gesetz in dieser Form den Grossen Rat passieren - was allerdings nicht anzunehmen ist - wird ein Referendum durch die Unternehmerschaft unumgänglich.

Weitere Auskünfte erteilen auf Wunsch:

Niklaus, J. Lüthi, Präsident HIV Kanton Bern, Telefon 079 311 16 54

Adrian Haas, Direktor HIV Kanton Bern, Telefon: 079 717 24 24